

# Grundbegriffe der Politikwissenschaft



# Grundbegriffe der Politikwissenschaft

Herausgegeben von  
Dieter Fuchs und  
Edeltraud Roller

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 19285  
2009, 2022 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,  
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen  
Durchgesehene und bibliographisch aktualisierte Ausgabe  
Umschlagabbildung: Marcus Rocho  
Druck und Bindung: Eberl & Koesel GmbH & Co. KG,  
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell  
Printed in Germany 2022  
RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und  
RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken  
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart  
ISBN 978-3-15-019285-6  
[www.reclam.de](http://www.reclam.de)

# Inhalt

Einleitung . . . . .	9
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren . . . . .	13

## Grundbegriffe der Politikwissenschaft

Abgeordnete (Bernhard Weißels) . . . . .	23
Außenpolitik (Herbert Dittgen) . . . . .	25
Autoritäres Regime (Wolfgang Merkel) . . . . .	28
Bürgertugenden (Rainer Forst) . . . . .	31
Deliberative Demokratie (Hubertus Buchstein / Dirk Jörke) . . . . .	35
Demokratie (Dieter Fuchs) . . . . .	38
Demokratisierung/Demokratisierungswellen (Christian Welzel) . . . . .	43
Diktatur (Wolfgang Merkel) . . . . .	47
Diskurs (Dirk Jörke / Hubertus Buchstein) . . . . .	50
Elektronische Demokratie (Thomas Zittel) . . . . .	52
Eliten (Ursula Hoffmann-Lange) . . . . .	56
Europäische Union (Wolfgang Wessels) . . . . .	59
Extremismus (Eckhard Jesse) . . . . .	63
Faschismus (Peter Steinbach) . . . . .	66
Feminismus (Birgit Sauer) . . . . .	69
Föderalismus (Roland Sturm) . . . . .	72
Freiheit (Wolfgang Fach) . . . . .	75
Gemeinwohl (Karsten Fischer) . . . . .	79
Gerechtigkeit (Stefan Gosepath) . . . . .	82
Gesetze/Gesetzgebung (Wolfgang Ismayr) . . . . .	86

Gewalt (Donatella della Porta) . . . . .	90
Gewaltenteilung (Wolfgang M. Schröder) . . . . .	93
Gewerkschaften (Klaus Armingeon) . . . . .	95
Gleichheit (Stefan Gosepath) . . . . .	98
Globalisierung (Andreas Busch) . . . . .	101
Grund- und Menschenrechte (Gunnar Folke Schuppert / Hauke Schüler) . . . . .	105
Herrschaft (André Kaiser) . . . . .	109
Ideologie (Thomas Noetzel) . . . . .	111
Innenpolitik (Werner Jann) . . . . .	114
Institutionalismus (Simon Hug) . . . . .	116
Institutionen (Simon Hug) . . . . .	120
Integration (Jürgen Friedrichs) . . . . .	122
Interessenverbände (Bernhard Weßels) . . . . .	125
Internationale Beziehungen (Volker Rittberger / Matthias Staisch) . . . . .	128
Internationale Regime (Volker Rittberger / Matthias Staisch) . . . . .	132
Kommunalpolitik (Angelika Vetter) . . . . .	135
Kommunismus (Eckhard Jesse) . . . . .	137
Kommunitarismus (Hartmut Rosa) . . . . .	140
Konfliktlinien (Bernhard Weßels) . . . . .	143
Konsensus- und Mehrheitsdemokratie (André Kaiser) . . . . .	146
Konservatismus (Thomas Noetzel) . . . . .	150
Konstitutionalismus (Gary S. Schaal) . . . . .	153
Kosmopolitische Demokratie (Wolfgang M. Schröder) . . . . .	155
Legitimität (Dieter Fuchs) . . . . .	158
Liberalismus (Hans Vorländer) . . . . .	161
Macht (André Brodocz) . . . . .	165
Massenkommunikation (Frank Brettschneider) . . . . .	168

Mehrheitsprinzip (Achim Hildebrandt) . . . . .	171
Nation/Nationalismus (Egbert Jahn) . . . . .	174
Nationalstaat (Egbert Jahn) . . . . .	177
Nichtregierungsorganisationen (Dieter Rucht) . .	180
Öffentliche Meinung (Jürgen Gerhards) . . . . .	182
Öffentlichkeit (Jürgen Gerhards) . . . . .	185
Parlament (Werner J. Patzelt) . . . . .	188
Parlamentarische/präsidentielle Demokratie (André Kaiser) . . . . .	192
Parteien (Oskar Niedermayer) . . . . .	195
Parteiensystem (Oskar Niedermayer) . . . . .	197
Partizipative Demokratie (Thomas Zittel) . . . . .	202
Politik (Dieter Fuchs / Edeltraud Roller) . . . . .	205
Politikwissenschaft (Jürgen W. Falter) . . . . .	210
Politische Ethik (Bernd Ladwig) . . . . .	214
Politische Gemeinschaft (Dieter Fuchs / Jan A. Fuhse) . . . . .	217
Politische Kultur (Dieter Fuchs) . . . . .	220
Politische Partizipation (Oscar W. Gabriel) . . . . .	224
Politische Performanz (Edeltraud Roller) . . . . .	226
Politische Sozialisation (Monika Buhl) . . . . .	231
Politische Unterstützung (Oscar W. Gabriel) . . .	234
Politischer Prozess (Edeltraud Roller) . . . . .	237
Politisches System (Jan A. Fuhse) . . . . .	241
Politisches Vertrauen (Gary S. Schaal) . . . . .	244
Rechtsstaat (Gunnar Folke Schuppert / Hauke Schüler) . . . . .	247
Regierung (Werner J. Patzelt) . . . . .	250
Repräsentation (Gerhard Göhler) . . . . .	253
Repräsentative/liberale Demokratie (Gerhard Göhler) . . . . .	256
Republikanismus (Marcus Llanque) . . . . .	260

Solidarität (Helmut Thome) . . . . .	263
Souveränität (Peter Niesen) . . . . .	266
Sozialdemokratie (Klaus Schönhoven) . . . . .	269
Soziale Bewegungen (Dieter Rucht) . . . . .	272
Sozialismus (Bernd Ladwig) . . . . .	276
Sozialstaat (Jürgen Kohl) . . . . .	279
Staat (Ellen M. Immergut / Alexander Jäger) . . .	282
Staatsbürgerschaft (Heinz Kleger) . . . . .	286
Staatsformen (André Kaiser) . . . . .	288
Steuerung (Axel Görlitz) . . . . .	292
Systemtransformation (Wolfgang Merkel) . . . . .	295
Terrorismus (Uwe Backes) . . . . .	299
Totalitarismus (Eckhard Jesse) . . . . .	302
Vereinte Nationen (Volker Rittberger / Matthias Staisch) . . . . .	304
Verfassung (Hans Vorländer) . . . . .	307
Verhandlungen (Katharina Holzinger) . . . . .	311
Vertrag/Vertragstheorien (Roland Kley) . . . . .	314
Verwaltung (Kai-Uwe Schnapp) . . . . .	318
Volk (Dieter Fuchs) . . . . .	321
Völkerrecht (Franz C. Mayer) . . . . .	324
Volksabstimmung (Gebhard Kirchgässner) . . . . .	327
Volkssouveränität (Peter Niesen) . . . . .	330
Wahlen (Dieter Nohlen) . . . . .	333
Wahlrecht/Wahlssysteme (Dieter Nohlen) . . . . .	336
Zivilgesellschaft (Helmut K. Anheier / Anja Appel) . . . . .	340
Weiterführende Literatur . . . . .	345
Personenregister . . . . .	348
Sachregister . . . . .	355



## Einleitung

Fast jeder hat zumindest ein ungefähres Verständnis von Politik. Dies ist schon dadurch bedingt, dass jeder Bürger das Wahlrecht besitzt und von diesem Recht auch größtenteils Gebrauch macht. Vor allem aber wird dieses ungefähre Verständnis durch die permanente Präsenz politischer Themen in den Massenmedien bewirkt. Die *Grundbegriffe der Politikwissenschaft* sollen zu einer Verbesserung jenes Verständnisses beitragen, zu seiner Präzisierung und Differenzierung sowie zu einer Erkenntnis darüber, was die Besonderheit der Politik als eines Bereichs der Gesellschaft ausmacht.

Das Mittel zum Erreichen dieses Ziels sind die *Grundbegriffe* der Politik, so wie sie in der Politikwissenschaft verwendet werden. In diesen Begriffen wird das Wissen einer Disziplin, die sich wissenschaftlich mit Politik beschäftigt, gewissermaßen abgelagert. Die Grundbegriffe sind in diesem Lexikon so erläutert, dass sie nicht nur für Schüler, Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft von Interesse sind, sondern auch für diejenigen, die außerhalb von Schule und Hochschule beruflich mit Politik zu tun haben oder sich einfach nur mit Politik intensiver beschäftigen möchten. Mit diesen *Grundbegriffen* wird der Bereich der Politik definiert und abgesteckt.

Dabei stellen sich zwei Probleme. Das erste ist das der Auswahl der Begriffe. Politik ist ein komplexes Phänomen, das sich in einer großen Vielfalt von Begriffen niederschlägt. Bei der notwendigen Begrenzung hundert Grundbegriffe mussten deshalb Entscheidungen getroffen werden, die etliche Gesichtspunkte der Politik übergehen. Eine Entscheidung besteht darin, dass wir uns weitgehend auf Politik in Demokratien beschränken. Trotz dieses Schwerpunkts werden aber die wichtigsten Alternativen zur Demokratie auf ideologischer Ebene (wie Faschismus

und Kommunismus), auf institutioneller Ebene (wie autoritäres Regime, Diktatur und Totalitarismus) sowie auf der Handlungsebene (wie Gewalt und Terrorismus) berücksichtigt. Eine zweite Entscheidung besteht darin, dass nur einige zentrale materielle Politiken (*policies*) wie Innenpolitik, Außenpolitik, Kommunalpolitik, Sozialstaat aufgenommen worden sind. Bei einer Fokussierung auf Grundbegriffe ist die Aufnahme eines breiten Spektrums von Politikfeldern nicht unbedingt notwendig.

Die von uns ausgewählten Stichwörter beziehen sich vor allem auf zwei der drei Ebenen einer Demokratie, nämlich auf die ideelle Ebene der Werte, Normen, Prinzipien und gedanklichen Strömungen sowie auf die strukturelle Ebene der Institutionen und Regime. Die dritte Ebene des politischen Prozesses ist in erster Linie durch die wichtigsten kollektiven Akteure wie z. B. Gewerkschaften, Interessenverbände, soziale Bewegungen, politische Parteien, Massenmedien repräsentiert. Bei den letztlich ausgewählten Grundbegriffen lässt sich natürlich darüber diskutieren, ob man auf einige hätte verzichten können und stattdessen andere hätte aufnehmen müssen. Einen objektiven Standard zur Selektion der relevanten Begriffe gibt es nicht; deshalb müssen Herausgeber von Lexika unvermeidlich bestreitbare Festlegungen treffen. Wir gehen aber davon aus, dass die meisten der von uns ausgewählten Grundbegriffe nicht kontrovers sind.

Das zweite Problem besteht in der Definition dieser Grundbegriffe. Bei der Bestimmung von Begriffen existiert häufig ein »essentialistisches« Missverständnis. Es wird unterstellt, dass es einen Sachverhalt in der Wirklichkeit »an sich« gebe und es die Aufgabe sei, diesen durch die entsprechende Begriffsbestimmung möglichst adäquat abzubilden. Das hätte aber eine endlose Auseinandersetzung darüber zur Folge, worin denn diese Essenz bestünde und wie sie zu definieren sei. In diesem Sinne sind Begriffe natürlich immer umstritten. Begriffe sind aber stets

nur Instrumente zur Beobachtung und Analyse der Wirklichkeit, und dazu sind sie mehr oder weniger brauchbar. Sie erfassen die Wirklichkeit nicht nur, sondern konstituieren diese auch bis zu einem gewissen Grade, denn eine begriffslose Beobachtung der Wirklichkeit kann es nicht geben. Damit ist das Problem jedoch noch nicht gelöst. Begriffe werden in der Regel im Kontext von Theorien und Ansätzen verwendet, die jeweils ganz unterschiedliche Erkenntnisinteressen und Analyseziele haben. Der Inhalt ist dementsprechend auch unterschiedlich. Das bedeutet, dass jeder Begriff mit einer Vielzahl von Definitionen verträglich ist und keine Definition beanspruchen kann, in irgendeinem essentialistischen Sinne die richtige zu sein.

Wie kann man aber mit diesem Problem bei einem Lexikon mit einem begrenzten Umfang umgehen? Wir haben uns an der Empfehlung von Giovanni Sartori, einem prominenten Politikwissenschaftler, orientiert. Er schlägt vor, dass man die Definitionen eines Begriffs bei wichtigen Autoren studiert und den gemeinsamen Bedeutungskern identifiziert. Diesen kann man dann als eine Definition betrachten, die den verschiedenen Theorien und Ansätzen übergeordnet ist und über die es in der Profession eine weitgehende Übereinstimmung gibt.

Der Aufbau der Artikel folgt einem Schema, das inhaltlich bedingt leicht variieren kann: Sie beginnen mit der Nennung des Stichworts und einer Kurzdefinition, an die sich ein begriffs- oder theoriegeschichtlicher oder systematisch strukturierter Darstellungsteil anschließt. Die Artikel enden mit einer Kurzbibliographie, die die im Text genannten Titel ergänzt und den Einstieg in weiterführende Lektüre ermöglichen soll. Diese Absicht verfolgt auch der Anhang, in dem eine Liste deutschsprachiger Wörterbücher zur Politikwissenschaft, aktueller Einführungen in die Politikwissenschaft und wichtiger politikwissenschaftlicher Zeitschriften verzeichnet ist. Ein Personen- und ein Sachregister schließen den Band ab.

Querverweise auf andere Stichwörter sind in den Artikeln mit einem Pfeil (→) gekennzeichnet. Die Abkürzung der Stichwörter kann sich auf Singular oder Plural beziehen, so kann »D.« im betreffenden Artikel sowohl »Demokratie« als auch »Demokratien« bedeuten. Genus, Numerus und Kasus bleiben in der Abkürzung ebenfalls unberücksichtigt. Weitere Abkürzungen folgen der Standardisierung des Grammatik-Duden. Wir weisen darauf hin, dass wir aufgrund des knapp bemessenen Raumes auf die Nennung beider Geschlechter verzichten müssen.

Alle Beiträge dieses Lexikons sind Originalartikel. Den englischsprachigen Beitrag zur »Gewalt« haben die Herausgeber übersetzt. Die Herausgeber danken den Autorinnen und Autoren für die gute professionelle Zusammenarbeit und Annemarie Schmidt vom Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die sorgfältige Korrekturlektüre.

Dieter Fuchs und Edeltraud Roller

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

HELMUT K. ANHEIER, Jg. 1954, Ph. D., Professor Soziologie an der Universität Heidelberg sowie Professor und ehemaliger Präsident der Hertie School of Governance Berlin.

ANJA APPEL, Jg. 1975, Dr. phil. der Graduate School of Politics der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

KLAUS ARMINGEON, Jg. 1954, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern.

UWE BACKES, Jg. 1960, Dr. phil. habil., apl. Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden und stellvertretender Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden.

FRANK BRETTSCHEIDER, Jg. 1965, Dr. rer. pol., Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim.

ANDRÉ BRODOCZ, Jg. 1969, Dr. phil., Professor für Politische Theorie an der Universität Erfurt, Dekan der Staatswissenschaftlichen Fakultät.

HUBERTUS BUCHSTEIN, Jg. 1959, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

MONIKA BUHL, Jg. 1968, Dr. phil., apl. Professorin für Schulpädagogik mit dem Schwerpunkt Unterricht an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

ANDREAS BUSCH, Jg. 1962, Dr. phil., Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Politische Ökonomie an der Georg-August-Universität Göttingen.

HERBERT DITTGEN, 1956–2007, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

WOLFGANG FACH, Jg. 1944, Dr. rer. soc., Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig.

JÜRGEN W. FALTER, Jg. 1944, Dr. rer. pol., Professor em. für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

KARSTEN FISCHER, Jg. 1967, Dr. rer. soc., Professor für Politische Theorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

RAINER FORST, Jg. 1964, Dr. phil., Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.

JÜRGEN FRIEDRICHS, Jg. 1938, Dr. phil., Professor em. für Soziologie an der Universität zu Köln.

DIETER FUCHS, Jg. 1946, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart

JAN A. FUHSE, Jg. 1975, Dr. phil., Privatdozent, Humboldt-Universität Berlin.

OSCAR W. GABRIEL, Jg. 1947, Dr. rer. pol., Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

JÜRGEN GERHARDS, Jg. 1955, Dr. phil., Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin.

GERHARD GÖHLER, Jg. 1941, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

AXEL GÖRLITZ, Dr. jur., Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

STEFAN GOSEPATH, Jg. 1959, Dr. phil., Professor für Praktische Philosophie an der Freien Universität Berlin.

ACHIM HILDEBRANDT, Jg. 1972, Dr. rer. pol., apl. Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart.

URSULA HOFFMANN-LANGE, Jg. 1943, Dr. phil., Professorin em. für Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

KATHARINA HOLZINGER, Jg. 1957, Dr. phil., Professorin für Internationale Politik, Rektorin der Universität Konstanz.

SIMON HUG, Jg. 1964, Ph. D., Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Universität Genf.

ELLEN M. IMMERGUT, Jg. 1957, Ph. D., Professorin für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

WOLFGANG ISMAYR, Jg. 1942, Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden, Leiter der Forschungsstelle Parlamentarismus.

ALEXANDER JÄGER, Jg. 1971, Dipl.-Verw.-Wiss., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

EGBERT JAHN, Jg. 1941, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

WERNER JANN, Jg. 1950, Dr. rer. publ., Professor em. für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam.

ECKHARD JESSE, Jg. 1948, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz.

DIRK JÖRKE, Jg. 1971, Dr. phil., Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der der Technischen Universität Darmstadt.

ANDRÉ KAISER, Jg. 1960, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

GEBHARD KIRCHGÄSSNER, 1948–2017, Dr. rer. soc., Professor für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie an der Universität St. Gallen.

HEINZ KLEGER, Jg. 1952, Dr. phil., Professor für Politische Theorie an der Universität Potsdam.

ROLAND KLEY, Jg. 1952, Dr. rer. publ., D. Phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität St. Gallen.

JÜRGEN KOHL, Jg. 1946, Dr. phil., Professor em. für Soziologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

BERND LADWIG, Jg. 1966, Dr. phil., Professor für politische Theorie und Philosophie an der Freien Universität Berlin.

MARCUS LLANQUE, Jg. 1964, Dr. rer. soc., Professor für Politische Theorie an der Universität Augsburg.

FRANZ C. MAYER, Jg. 1968, Dr. jur., LL.M. (Yale), Professor für Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht, Rechtsvergleichung und Rechtspolitik an der Universität Bielefeld.

WOLFGANG MERKEL, Jg. 1952, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

OSKAR NIEDERMAYER, Jg. 1952, Dr. rer. pol., Professor em. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

PETER NIESEN, Jg. 1964, Dr. phil., Professor für Politische Theorie an der Universität Hamburg.



THOMAS NOETZEL, 1957–2022, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

DIETER NOHLEN, Jg. 1939, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

WERNER J. PATZELT, Jg. 1953, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden.

DONATELLA DELLA PORTA, Jg. 1956, Ph. D., Professorin für Soziologie am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

VOLKER RITTBERGER, 1941–2011, Ph. D., Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard Karls-Universität Tübingen.

EDELTRAUD ROLLER, 1957–2020, Dr. phil., Professorin für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

HARTMUT ROSA, Jg. 1965, Dr. rer. soc., Professor für Allgemeine und Theoretische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

DIETER RUCHT, Jg. 1946, Dr. rer. pol., Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Forschungsgruppenleiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

BIRGIT SAUER, Jg. 1957, Dr. phil., Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

GARY S. SCHAAL, Jg. 1971, Dr. phil., Professor für Politische Theorie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Ko-Vorstand des German Institute for Defense and Strategic Studies (GIDS), Hamburg.

KAI-UWE SCHNAPP, Jg. 1966, Dr. rer. pol., Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Methoden, an der Universität Hamburg.

KLAUS SCHÖNHOFEN, Jg. 1942, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim.

WOLFGANG M. SCHRÖDER, Jg. 1968, Dr. phil., Professor für Philosophie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

HAUKE SCHÜLER, Jg. 1979, Rechtsanwalt, zuvor Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bucerius Law School, Hamburg.

GUNNAR FOLKE SCHUPPERT, Jg. 1943, Dr. jur., Professor em. für Staats- und Verwaltungswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Forschungsprofessor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

MATTHIAS STAISCH, Jg. 1977, Ph. D., Assistant Senior Instructional Professor beim Committee on International Relations der University of Chicago.

PETER STEINBACH, Jg. 1948, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Mannheim und Leiter der zentralen Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

ROLAND STURM, Jg. 1953, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

HELMUT THOME, Jg. 1945, Dr. rer. pol., Professor em. für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

ANGELIKA VETTER, Jg. 1966, Dr. phil., apl. Professorin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart.

HANS VORLÄNDER, Jg. 1954, Dr. phil., Seniorprofessor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden.

CHRISTIAN WELZEL, Jg. 1964, Dr. phil., Professor für Politische Kulturforschung an der Leuphana Universität Lüneburg.

BERNHARD WEßELS, Jg. 1955, Dr. phil., apl. Professor am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin und Senior Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

WOLFGANG WESSELS, Jg. 1948, Dr. rer. pol., Jean Monnet-Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln und Visiting Professor am College of Europe in Brügge und Natolin.

THOMAS ZITTEL, Jg. 1961, Dr. phil., Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt a.M.



# **Grundbegriffe der Politikwissenschaft**



## Abgeordnete

A. sind allgemein durch eine Institution oder kollektive Persönlichkeit beauftragte und in deren Namen und mit deren Legitimität stellvertretend handelnde Personen. Im modernen und politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch ist die Bezeichnung nur auf die Personen bezogen, die durch eine demokratische Wahl der Bürger Mitglied eines → Parlaments sind. Im Unterschied zu Repräsentativkörperschaften des Mittelalters sind A. nicht instruierte Vertreter für einen Stand. Mit dem in der französischen Verfassung von 1791 – in Deutschland mit der Verfassung von 1849 – verankerten und sich schnell verbreitenden neuen Verständnis von → Repräsentation setzte sich die Vorstellung vom A. als einem freien und unabhängigen Vertreter des ganzen → Volkes durch (Grundgesetz Art. 38).

Staatsrechtlich und demokratietheoretisch liegt die Bedeutung der A. in ihrer Funktion, Mitglieder derjenigen Körperschaft zu sein, die in Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt und stellvertretend für das Volk allgemeinverbindliche Entscheidungen trifft. Stellvertretung heißt in repräsentativen Demokratien (→ Repräsentative/liberale Demokratie) nicht das Herstellen von Identität zwischen Volkswillen und -vertretung, sondern die Gewährleistung von Responsivität, also der Zugänglichkeit, Ansprechbarkeit und Reaktionsfähigkeit gegenüber den Wünschen und Forderungen der Bürger. Dem entspricht das Postulat des freien A., der nur seinem Gewissen und besten Wissen unterworfen sein soll.

Parlamente als kollektive Vertretungskörperschaften sind in ihrer Funktionserfüllung Ausdruck der Summe individuellen Handelns der A. Hieraus ergibt sich das spezielle Interesse der A.-Forschung an Fragen der Rekrutierung, Handlungsweise und Einstellungen der A. Die zunächst in den USA (John C. Wahlke [u. a.], *The Legisla-*

*tive System*, 1962) in die A.-Forschung eingeführte rollentheoretische Perspektive schlägt die Brücke zwischen der Betrachtung der Einzelpersonen der A. und der Institution Parlament. Entsprechende Rollentypologien stellen in unterschiedlichem Differenzierungsgrad auf zwei Hauptdimensionen ab: den Fokus und den Stil der Repräsentation, Letztere maßgeblich an der Unterscheidung zwischen dem freien (*trustee*) und gebundenen A. (*delegate*) orientiert. Wie und welche Rollenorientierungen erworben werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die zunächst nicht (system)vergleichend orientierte A.-Forschung konzentrierte sich auf individuelle Merkmale der Herkunft und Sozialisation, erbrachte allerdings widersprüchliche Resultate (James H. Kuklinsky / Richard Elling, »Representational Role, Constituency Opinion, and Legislative Roll-Call Behaviour«, in: *American Journal of Political Science* 21, 1977). In der europäischen und vergleichenden Forschung sind mit einer stärkeren Orientierung auf politische Parteien als Sozialisationsinstanzen und die Merkmale politischer Systeme, insbesondere das Wahlsystem, Faktoren identifiziert worden, die die Rollenorientierungen und Handlungsweisen von A. prägen. Insgesamt verweisen die Ergebnisse der A.-Forschung auf die starke Bedeutung der Professionalisierung der Politik. Politik wird mehr und mehr zum Beruf (Max Weber, *Politik als Beruf*, 1919) und ist mit langen Qualifikationswegen und Karrieren in den politischen Parteien verbunden. Der freie A. ist in diesem Sinne eine normativ notwendige Fiktion, die in der Realität durch das hohe Maß an Verpflichtungsfähigkeit der politischen Parteien im Parlament überformt wird. Analysen namentlicher Abstimmungen verweisen darauf, dass es nur in wenigen Ausnahmen zu von der Fraktionsmeinung abweichenden Voten einzelner A. kommt. A. kommen in der Regel aus Berufen hoher Qualifikation und sind in der Mehrzahl Akademiker. Für die häufig geäußerte Kritik, dass A. damit eher ein Zerr-



spiegel als ein Spiegelbild der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung sind, finden sich empirisch auf der Basis der tatsächlichen Verhaltensweisen und Einstellungen der A. wenig Belege. Vielmehr hat sich mit der funktionalen Ausdifferenzierung von Politik als eigenständigem gesellschaftlichen Teilsystem und der Durchsetzung der Parteienstaatlichkeit selbst in politischen Systemen mit Mehrheitswahl das Prinzip der kollektiven Repräsentation durch politische Parteien durchgesetzt.

Bernhard Weißels

Jens Borchert (Hrsg.): Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien. Opladen 1999.

Dietrich Herzog [u. a.] (Hrsg.): Parlament und Gesellschaft. Opladen 1993.

Warren E. Miller [u. a.]: Policy Representation in Western Democracies. Oxford 1999.

Pippa Norris (Hrsg.): Passages to Power. Cambridge 1997.

Werner J. Patzelt: Abgeordnete und Repräsentation. Pasaun 1993.

## Außenpolitik

Unter A. (auswärtiger Politik) versteht man das politische Handeln eines Staates bzw. eines Staatenbundes gegenüber anderen Staaten, Staatenverbindungen, internationalen Organisationen und im Rahmen internationaler Verträge (→ Völkerrecht, → Internationale Regime). Wichtigste Akteure der A. sind die Regierungen, die auswärtige Beziehungen zu anderen Staaten (bilateral) sowie zu zwischenstaatlichen Einrichtungen (multilateral) und gegenüber Nichtregierungsorganisationen gestalten. Im Zuge